

25.02.2008 / Schwerpunkt / Seite 3

Chronik: Schleichweg in den Afghanistan-Krieg

Dezember 2001: Der Bundestag beschließt, im Rahmen der ISAF (International Security Assistance Force) 1200 Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Sie sollen lediglich unterstützende Polizeiaufgaben »in Kabul und Umgebung« übernehmen. Die Hauptstadt gilt zu dieser Zeit als weitgehend friedlich.

Dezember 2002: Erhöhung der Obergrenze auf 2500 Mann.

Oktober 2003: Neben dem Einsatz »in Kabul und Umgebung« übernimmt die Bundeswehr die Verantwortung für die nordafghanische Region Kunduz, zu der zunächst vier Provinzen gehören. Die deutsche Zuständigkeit wird später auf die gesamte Nordregion ausgeweitet.

September 2005: Die Obergrenze der Truppenstärke wird auf 3000 Mann angehoben. Das vom Bundestag beschlossene neue Mandat erlaubt, Bundeswehrsoldaten in allen Teilen Afghanistans, auch in den Hauptkampfgebieten des Südens und Ostens, »für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen« einzusetzen, »sofern diese Unterstützungsmaßnahmen zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind«. Die Resolution definierte zugleich, um was es sich dabei in erster Linie handeln soll: »Dies gilt insbesondere mit Blick auf die den gesamten ISAF-Verantwortungsbereich abdeckende Führungs- und Kommunikationsstruktur sowie Logistik, Sanitätsversorgung, Nachrichtengewinnung und Aufklärung.«

März 2007: Der Bundestag beschließt die Entsendung von sechs Tornado-RECCE-Aufklärungsflugzeugen. Sie sollen den Luftkrieg der NATO gegen Aufständische in allen Teilen Afghanistans unterstützen. Gleichzeitig wird die Obergrenze des deutschen Kontingents auf 3500 Mann angehoben.

Anfang Februar 2008: Die Bundesregierung bestätigt seit mehreren Wochen verbreitete Meldungen, daß etwa 250 deutsche Soldaten als »Schnelle Eingreiftruppe« nach Afghanistan geschickt werden sollen. Neben der Nordregion soll diese Einheit auf Anforderung auch für ISAF-Kampfeinsätze in anderen Landesteilen zur Verfügung gestellt werden.

(km)